

Der bestellte Pfus



STANDPUNKT GUDRUN DORINGER

Es gibt einige Möglichkeiten, Lohndumping einzudämmen. Doch der Staat lässt sie ungenutzt. Weil er selbst profitiert, nimmt er billigend in Kauf, was auf Baustellen vor sich geht und dass inländische Jobs verloren gehen.

Was er tun könnte: Die Finanzpolizei nicht wie einen zahnlosen Tiger dastehen lassen, sondern sie aufstocken, damit zumindest die Wahrscheinlichkeit besteht, dass Schwarzarbeit entdeckt wird. Oder: Einen europäischen Datenaustausch einfordern, der transparent machen würde, ob ein entsendeter Arbeitnehmer tatsächlich und ausreichend sozialversichert ist. Oder - und das wäre vermutlich die wichtigste Maßnahme: Das Gesetz ernst nehmen. Der Staat, der ja selbst Auftraggeber großer Bauvorhaben ist, könnte die Vergabe an den Billigsten stoppen und bei der Prüfung von Angeboten genauer hinsehen. Fachleute wissen sehr genau, dass bestimmte Preise nicht zustande kommen können, wenn der Bauunternehmer seine Arbeiter nach Tarif bezahlt.

Alles andere ist bewusst bestellter Pfus.